

1. Juni – Internationaler Kindertag

9. Juni 1916 95. Geburtstag von Brezan, Jurij, * 9.6.1916, Räckelwitz, Deutschland, Wichtiger Vertreter der obersorbischen Gegenwartsliteratur; Werke u.a.: „Der Gymnasiast“, „Mannesjahre“, „Krabat“.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

10. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

31. Mai 2011

(D)eine Stunde für Demokratie!

Gegen den Aufmarsch von Neonazis am 18. Juni in Merseburg

Am 18. Juni 2011 wollen Neonazis bereits zum zweiten Mal binnen eines Jahres in Merseburg auf die Straße gehen. Unter dem Motto: „Damals wie heute: Arbeiter im Kampf um die Freiheit!“ planen sie einen Aufmarsch, der die Erinnerung an den Aufstand des 17. Juni 1953 missbraucht.

An diesem Tag setzten sich auch in der Region Merseburg Tausende Menschen gegen Diktatur und staatliche Willkür zur Wehr. Sie protestierten mit Demonstrationen, u.a. aus den Leuna- und Bunawerken kommend, gegen Normerhöhungen und gegen staatliche Bevormundung. Einige bezahlten ihr Engagement gegen die DDR-Diktatur mit dem Leben.

Viele mussten nach der Niederschlagung des Aufstands fliehen, andere mussten Repressionen erdulden. Nur vorgeblich geht es den Neonazis am 18. Juni 2011 um die „Freiheit“. Als Feinde von Demokratie und Menschenrechten wollen sie stattdessen, wie im vergangenen Jahr, das Wochenende des Merseburger Schlossfestes nutzen, um ihre rassistischen, antisemitischen und allgemein menschenfeindlichen Parolen offensiv und mit

großem Publikum auf die Merseburger Straßen zu tragen. Das wollen und werden wir nicht zulassen. Unsere Sorge ist dabei nicht nur, dass Neonazis sich ausgerechnet das imageträchtige Wochenende des Merseburger Schlossfestes für ihre menschenfeindlichen Aktivitäten aussuchen. Merseburg hat auch an allen anderen Tagen des Jahres ein Problem mit Neonazis. Zur Landtagswahl wählten über 600 Menschen (4,6 Prozent) in der Stadt die verfassungsfeindliche NPD. Viele Gebäude sind mit neonazistischen Parolen beschmiert. Offenbar rechte Täter schändeten inzwischen zum vierten Mal die Gedenkstele für die ermordeten Sinti und Roma auf dem Merseburger Neumarkt. Zudem kommt es immer wieder zu Angriffen von Neonazis auf nicht-rechte Jugendliche sowie auf Migrantinnen und Migranten. Widerstand gegen Neonazis in Merseburg muss noch sichtbarer und wirksamer werden. Wir wollen in unserer Stadt den Nazis aktiv etwas entgegensetzen. Beispiele aus der Region zeigen: Wo Neonazis ungehindert demonstrieren können, kommen sie wieder. Wo ihnen aber Widerstand

entgegengesetzt wird, werden Aufmärsche für sie unattraktiver.

Unser breites Bündnis will den Naziaufmarsch nicht einfach hinnehmen. Wir rufen deshalb zum friedlichen und gewaltfreien Protest gegen die Neonazis auf. Wir werden die Aktivitäten der rechten Szene aus NPD und „Freien Kräften“ in Merseburg konsequent behindern. Mit unseren Aktivitäten wollen wir den Neonazis die Lust an Aufmärschen in Merseburg nehmen. Wir setzen dabei auf unterschiedlichste, aber immer friedliche Aktionsformen. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger sowie die vielen Gäste des Schlossfestes ein, am 18. Juni 2011 eine Stunde für Demokratie zu geben. Ob jung, ob alt, kommen Sie am 18. Juni vor Ihrem Besuch des Merseburger Schlossfestes zu den Kundgebungen und Aktionen gegen Neonazis. Beteiligen Sie sich am gewaltfreien Protest und helfen Sie mit, dass Neonazis in Merseburg nicht ungehindert marschieren können!

Aus der Stadtratssitzung am 25.05.2011

Uwe Stäglich heißt er - der neue Beigeordnete für Bauen und Planen der Stadt Halle (Saale). Im zweiten Wahlgang konnte er sich durchsetzen.

Uwe Stäglich ist 40 Jahre jung und kommt aus Berlin Steglitz-Zehlendorf. Dort ist er zurzeit noch stellv. Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtplanung und Naturschutz. Die Stadt Halle (Saale) ist ihm nicht ganz unbekannt. Als Angestellter der S.T.E.R.N.-Gesellschaft hat er beispielsweise schon seine Erfahrungen auf der Silberhöhe machen können.

Ohne Diskussionen passierten den Stadtrat Widmungen von Straßen zu Gemeindestraßen. Auch ohne Diskussionen wurden neue Straßennamen vergeben. So sind z. B. zwei neue Straßennamen in Heide-Süd vergeben worden und der Straßename „Jägerplatz“ wurde vergeben. Er wird jetzt die neue Postanschrift für den Sitz der Leopoldina sein.

Diskussionen gab es wie erwartet zum Beschluss „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12“. „Hauptknackpunkt“ der Vorlage ist, dass die Stadtverwaltung die Förderschule am Jägerplatz schließen will, mit der Begründung, dass es zu wenig Schüler gibt. Bereits in allen Fachausschüssen wurde die Vorlage abgelehnt, so auch gestern im Stadtrat. Die Oberbürgermeisterin hat bereits angekündigt, einen Widerspruch zu prüfen. Immer wieder stand das Argument im Raum, dass die Schülerzahl für die Schule am

Jägerplatz „künstlich“ erzeugt sei und die Stadt daran eine Mitschuld trägt. Auch Hendrik Lange argumentierte für unsere Fraktion gegen diese Entscheidung der Schließung der Schule.

Viele Diskussionen und Änderungsanträge gab es zur Vorlage „Schülerbeförderung“. Jetzt ist es so, dass die Schülerfahrkarten an Schultagen zwischen 6 und 19 Uhr gelten. Für Zeiten, die über diesen „Rahmen“ liegen, kann man eine Zusatzkarte von 80 Euro kaufen. In den Ausschüssen und auch im Stadtrat gab es verschiedene Anträge zur Verlängerung der Zeit bis 20 Uhr, weil es auch Veranstaltungen gibt, wie z. B. Trainingszeiten an der Sportschule etc. Verabschiedet wurde diesbezüglich ein Prüfantrag der Grünen. Auch unser Antrag, der Schülern die Möglichkeit einräumt, schon mit einer Entfernung von 3 km (ursprünglich 4 km) vom Wohnort zur Schule die Schülerkarte zu benutzen, wurde angenommen. Ein anderer Antrag unserer Fraktion zur Vereinfachung der Beantragung der Karte fand keine Mehrheit.

Angenommen im Stadtrat wurde die Bedarfs- und Entwicklungsplanung für die Kinderbetreuung. Von der Tagesordnung wurde die Vorlage „Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)“ genommen. Das löste bei den Stadträten durchaus Unverständnis aus, weil die Entscheidung schon lange „überfällig“ ist. Unsere Fraktion stellte gemeinsam mit der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM einen Dringlichkeitsantrag, ein geohydrologisches Gut-

achten zu erarbeiten, welches als Grundlage für die Weiterführung dieses Bauvorhabens anzusehen ist. Dieser Antrag wurde im Stadtrat angenommen.

Die Beantwortung der Anfrage unserer Fraktion zur Gedenktafel „Kurt Wabbel“ am Marathon-Tor des Stadions wurde zur Kenntnis genommen, jedoch betonte Erwin Bartsch, dass wir mit der Antwort zur 2. Frage nicht einverstanden sind.

Die Verwaltung teilte uns nämlich mit, dass die Tafel als Kulturdenkmal erhalten bleibt, aber eine Bearbeitung nicht vorgesehen sei. Das Kulturdenkmal befindet sich zurzeit in einem miserablen Zustand! Erwin drückte die Hoffnung aus, dass sich für die Reinigung etc. noch ein Sponsor finden wird!

Im Stadtrat wurde der Hochwasserbericht unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen eingereicht.

Er wird jetzt in den dafür relevanten Ausschüssen behandelt.

Ute Haupt, Stadträtin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
26.05.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 09.06.2011

Die Steuerreformlüge

Die Bundesregierung will offenbar nach dem Verzicht auf die Finanztransaktionssteuer nun auch auf die Atomsteuer verzichten, obwohl sie doch immer wieder versprochen hat, die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, kritisiert die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch:

Medienberichten zufolge will die Bundesregierung nun auch auf die Atomsteuer (Brennelementesteuer) verzichten. Das wäre innerhalb von 14 Tagen die zweite Steuersenkung für Unternehmen. Erst der Verzicht auf die Finanztransaktionssteuer für Spekulanten und jetzt der mögliche Verzicht auf die Atomsteuer. In der Summe wäre das ein Minus von über 4 Mrd. Euro pro Jahr! Die Bundesregierung hatte das größte Kürzungspaket in der Geschichte der Bun-

desregierung beschlossen und behauptete damals, dass es sozial ausgewogen wäre. Doch der Beitrag der Wirtschaft an diesem Paket schmilzt tagtäglich. Nur die Kürzungen bei den Sozialleistungen hat die Bundesregierung in Stein gemeißelt. Die Energiewende soll, wenn es nach der Bundesregierung geht, ausschließlich von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Familien, Rentnern und Arbeitslosen bezahlt werden. Für das vierköpfige Stromkartell wird die

Energiewende so zu einem großartigen Geschäft.

Die Bundesregierung erklärt immer wieder, dass sie kleine und mittlere Einkommen entlasten wolle. Aber in Wirklichkeit macht sie eine Steuerreform zugunsten von Banken und Atomkonzernen. Die LINKE fordert die Bundesregierung auf, nicht auf die Atomsteuer und Finanztransaktionssteuer zu verzichten. Ansonsten geht sie als Steuerreformlügnerin in die Geschichte ein.

Wir dulden Antisemiten nicht!

Dr. Lukrezia Jochimsen (Fraktion DIE LINKE) in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben wieder einmal eine Gleichsetzung von rechtsextrem und links erleben müssen.

(Zurufe von der CDU/CSU: So ist es doch! - Das ist völlig in Ordnung!)

Ich finde das in diesem Haus nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben gerade in diesem Hohen Haus erlebt, dass ein empörendes Zeichen hochgehalten wurde, gegen das die Linke Strafanzeige erhoben hat.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist aus Ihrer Partei! - Gegenruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Das ist nicht aus unserer Partei! Machen Sie sich mal kundig! - Gegenruf des Abg. Michael Kretschmer (CDU/CSU): Es ist auf Ihrer Homepage!)

Es ist fälschlicherweise auf die Website gekommen, und wir ha-

ben Strafanzeige dagegen erhoben.

(Michael Kretschmer (CDU/CSU): Was heißt denn „fälschlicherweise“? Wie kommt denn fälschlicherweise etwas auf die Homepage?)

Hier ist von dem Einsatz für die Freilassung des Soldaten Schalit gesprochen worden. Darf ich Sie alle daran erinnern, wer in diesem Haus zuerst einen solchen Antrag gestellt hat?

(Beifall bei der LINKEN)

Es war die Fraktion Die Linke. Darf ich Sie daran erinnern, dass es Ihre Fraktion war, die gesagt hat: „Mit der Linken zusammen machen wir einen solchen Antrag in diesem Parlament nicht“?

(Philipp Mißfelder (CDU/CSU): Aus gutem Grund! - Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Genau so war es!)

Das zeigt Ihre Doppelmoral und Ihren Umgang mit der Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Nein, wir brauchen uns nicht von irgendetwas abzuwenden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bekennen Sie sich einmal!)

Unsere Parteispitze hat eine klare Haltung zu Antisemitismus und antisraelitischen Positionen.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Natürlich! - Zuruf von der SPD: Da haben wir wohl etwas verpasst!)

Wir haben genug Belege. Ich könnte es Ihnen jetzt einfach machen und sagen, dass es eine Unverschämtheit ist, dass ausgerechnet die CDU von Globke, Filbinger, Kiesinger und Oettinger und die FDP von Mende und Möllemann uns antisemitische und israelfeindliche Positionen vorwerfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich könnte es auch uns einfach machen und die Unwahrheiten, die Halbwahrheiten, die Verdrehungen und die fehlenden Belege des

von Ihnen als wissenschaftliche Untersuchung bezeichneten politischen Positionspapiers (Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Das ist wie bei zu Guttenberg! So wissenschaftlich!) aufzählen und beschreiben.

Ich nenne Ihnen nur ein einziges Beispiel. Wolfgang Gehrcke, mein Kollege, wird in diesem Papier im Zusammenhang mit einem Buch angegriffen. Es heißt, dieses Buch enthalte antizionistischen Antisemitismus. Wolfgang Gehrcke hat in diesem 2009 erschienenen Buch ein Fazit geschrieben, das ich Ihnen jetzt mit Erlaubnis des Präsidenten vorlese:

Der Holocaust, die Verbrechen des deutschen Faschismus und seiner Helfer, der Mitläufer und Weg-Seher, begründet das besondere, nicht auflösbare Verhältnis Deutschlands zu Israel. Nach dem Holocaust hätte die Linke verstehen müssen, dass der Zionismus mit seinem konkreten Ziel der territorialen Eigenständigkeit eine angemessene Antwort auf das fundamentale Bedürfnis des über Jahrhunderte verfolgten jüdischen Volkes nach Sicherheit war.

Das soll ein Beweis für die antisemitische, antizionistische Haltung des Kollegen Gehrcke, des Autors Gehrcke und damit der Linksfraktion sein?

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE): Danke! - Dr. Stefan Ruppert (FDP): Eine verpasste Chance! Schade! Sie hätten sich jetzt distanzieren können!)

Es ist vielleicht nur ein Aperçu am Rand der Geschichte: Am 16. Dezember 2009 hat der Botschafter des Staates Israel Herrn Gehrcke einen Brief geschrieben, in dem

stand: Den Jahreswechsel habe ich zum Anlass genommen, Ihnen zu Ehren einen Baum im Wald der deutschen Länder in Israel pflanzen zu lassen. Ich hoffe, Ihnen damit eine Freude bereitet zu haben. Wissen Sie: Sie führen eine wissenschaftliche Untersuchung an, und dies ist die Wahrheit.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Ja! - Manfred Grund (CDU/CSU): Aha! Und Sie wissen das? Sie kennen die Wahrheit?)

So gehen Sie hier im Parlament mit uns um, nur um Stimmungsmache zu betreiben.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Ach! Das machen Sie schon selber! Da brauchen wir doch gar nichts zu tun! - Manfred Grund (CDU/CSU): Das Wahrheitsmonopol haben Sie heute nicht mehr! Das hatten Sie in der DDR!) Ich sage Ihnen noch etwas anderes: Für mich ist das große gesellschaftliche Problem des Antisemitismus in Deutschland zu bedrückend und zu ernst, um es im Parlament mit dem üblichen Politreflex zu behandeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Linke eine Grundposition vertritt, die bedeutet, gegen jede Form des Antisemitismus in der Gesellschaft vorzugehen. Außerdem haben wir ein für alle Mal beschlossen - ich zitiere -,

... dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat.

Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechtes Israels ein.

Die Linke vertritt diese Position nach innen: Boykottaufrufe sind in unseren Augen nicht hinnehmbar, (Beifall bei der LINKEN)

und wir dulden Antisemiten nicht. (Zuruf von der CDU/CSU: Ach! Das glauben doch noch nicht mal Ihre eigenen Funktionsträger, was Sie da erzählen!)

Die Linke vertritt diese Position auch nach außen, indem wir auf Demonstrationen, mit Tausenden von Aktionen, in parlamentarischen und außerparlamentarischen Gruppen, in Büchern und Vorträgen Gesicht zeigen.

(Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war jetzt mit Shimon Peres?)

Es gibt in unserer Gesellschaft Antisemiten, und zwar nicht wenige. Warum ist das so? Weil in unserer Gesellschaft immer noch und immer wieder antisemitische und rassistische Haltungen aufbrechen; die Vorredner haben es erwähnt. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser gemeinsames Problem.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein! Sie sind das Problem!)

Dagegen müssen wir vorgehen. Betreiben wir aber bitte nicht, wie es aktuell geschieht, aus parteipolitischen Kalkül und mithilfe von Pseudowissenschaft eine oberflächliche Stimmungsmache, nur um den Ruf einer Partei zu schädigen.

(Beifall bei der LINKEN - Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das machen Sie doch selbst! - Dr. Stefan Ruppert (FDP): Ich bin fassungslos! Sie haben wieder eine Chance vertan!)

1. Juni - Internationaler Kindertag

Am 1. Juni begehen wir den Internationalen Kindertag. Bereits 1920 hat die Türkei als erstes Land einen Kindertag eingeführt. Der Internationale Kindertag wurde anlässlich der Genfer Weltkonferenz für das Wohlergehen der Kinder im August 1925 eingeführt. 1954 regte die UNICEF an, dass jeder Staat einen Kindertag einrichten sollte. Viele Staaten folgten diesem Aufruf, allerdings konnte das Datum dieses Tages von den Staaten selbst festgelegt werden. In der DDR und vielen anderen östlichen Staaten blieb es der 1. Juni. In vielen westlichen Staaten fällt der Kindertag auf verschiedene Daten, so z. B. in Argentinien auf den zweiten Sonntag im August, in Kuba auf den dritten Sonntag im Juli. In der Bundesrepublik wurde der Kindertag am 20. September gefeiert. Im Zuge der Vereinigung gelang es nicht, diesen Tag in der gesamten Republik zu verankern und so ist es wohl das einzige Land, an dem es zwei Kindertage gibt, nämlich den 1. Juni aus ostdeutscher Tradition (seit 1950) und den 20. September nach westdeutscher Tradition. Aber egal auf welchen Tag der Kindertag fällt, er begreift sich als ein Tag, an dem auf die Rechte der Kinder aufmerksam gemacht werden soll und das mit Recht.

Die UNO verabschiedete 54 Artikel, die den Schutz und die Rechte des Kindes weltweit gewährleisten sollen. 41 Artikel beschäftigen sich tatsächlich mit den Rechten der Kinder, alle weiteren sind Durchführungs- und Geltungsartikel. Nun wäre es müßig, hier alle Artikel im Wortlaut abzudrucken.

Die UNICEF hat die Artikel in eine

kurze, verständliche Form gebracht:

1. das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von Religion, Herkunft und Geschlecht;
2. das Recht auf einen Namen und eine Staatszugehörigkeit;
3. das Recht auf Gesundheit;
4. das Recht auf Bildung und Ausbildung;
5. das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung;
6. das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln;
7. das Recht auf eine Privatsphäre und eine gewaltfreie Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens;
8. das Recht auf sofortige Hilfe in Katastrophen und Notlagen und auf Schutz vor Grausamkeit, Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung;
9. das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause;
10. das Recht auf Betreuung bei Behinderung.

Und wie sieht selbst in diesem reichen Staat die Realität aus? Die Kinderarmut wächst, der deutsche Staat finanziert in sogenannten Drittländern Kindersoldaten. Es gibt zu wenige Lehrerinnen und Lehrer, an der Bildung insgesamt wird gespart, vielen Kindern ist der freie Zugang zu Wissen und Information nicht uneingeschränkt möglich.

Am 11.02.2011 erklärt die Abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. anlässlich des internationalen Tages gegen den Einsatz von Kindersoldaten

am 12. Februar, Inge Höger: „Schlimm genug, dass Erwachsene Krieg führen. Der Einsatz von Kindern in militärischen Konflikten ist absolut inakzeptabel und zeigt, wie perfide die militärische Logik ist. Die Bundesregierung ist in zweifacher Hinsicht mitverantwortlich dafür, dass Kinder als Kriegsmaschinen missbraucht werden: Zum einen bildet sie selbst im Rahmen der EU-Trainingsmission EUTM in Somalia Kindersoldaten aus. Zum anderen beliefert Deutschland auch die Konfliktherde mit Waffen, in denen Kindersoldaten eingesetzt werden. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, Militärausbildungsmissionen wie die EUTM sowie sämtliche Rüstungsexporte in Krisengebiete sofort einzustellen.

Darüber hinaus kritisiert die UN Deutschland immer wieder dafür, dass die Bundeswehr Siebzehnjährige als Soldaten rekrutiert, was der UN-Söldnerkonvention widerspricht. Das ist wohl auch der Grund, warum sich sämtliche Bundesregierungen seit Jahren weigern, diese Konvention zu ratifizieren.“ Am 13.02.2011 fordert die Bundestagsabgeordnete Yvonne Ploetz zur Ernährungsfrage von Kindern und Jugendlichen, die von Hartz IV leben müssen:

„Im Vermittlungsverfahren muss endlich die vom Bundesverfassungsgericht geforderte eigenständige Berechnung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf den Tisch“. Mit den jetzt vorgeschlagenen Regelsätzen für die Ernährung wird der physiologischen Entwicklung der Kinder nicht Rechnung getragen, denn der Nahrungs-

bedarf (basierend auf dem Energiebedarf) steigt im Wachstumsalter stetig und nicht in 3 Stufen an, bilanziert die Studie (Studie des Dortmunder Forschungsinstituts für Kinderernährung zu den Kosten einer gesunden Ernährung für Kinder und Jugendliche im Auftrag der LINKEN). Deshalb können insbesondere Jugendliche sich mit den Regelsätzen selbst dann nicht gesund ernähren, wenn nur die preiswertesten Produkte in der Einkaufsstätte mit dem niedrigsten Preisniveau gekauft werden.“

Am 19.05. 2011 erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Kinderarmut: Gegenwärtig wird in Berichten über eine OECD-Auswertung der Eindrücke erweckt, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelten Angaben zur Kinderarmut in

Deutschland müssten enorm nach unten korrigiert werden. Sogar von einer Halbierung auf rund 8 Prozent ist die Rede. Dem steht entgegen, dass sämtliche in Deutschland nach EU-Standard ermittelten Werte zur Kinderarmut weit über diesen 8 Prozent liegen: bei 15 Prozent nach dem EU-SILC, bei 18,4 Prozent nach dem Mikrozensus, bei 16,4 Prozent nach dem Sozioökonomischen Panel (DIW). Die Werte des EU-SILC bzw. des Mikrozensus stammen vom Statistischen Bundesamt bzw. aus der amtlichen Sozialberichterstattung. Die Werte des Sozioökonomischen Panels wurden auf meine Anfrage hin von der Bundesregierung selbst aus den DIW-Daten berechnet und sind somit faktisch amtlich bestätigt.

Von Entwarnung kann beim Problem der Kinderarmut also keine

Rede sein. Schritte zur Bekämpfung der Kinderarmut, wie beispielsweise die Einführung einer Kindergrundsicherung, sind dringend geboten.

Das sind nur drei kurze aktuelle Beispiele, wie sich die LINKE für die Rechte der Kinder und Jugendlichen einsetzt, viele Beispiele aus unserem nächsten Umfeld, aus unserer Stadt, kennen wir: Erhalt von Bibliotheken, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen („kurze Wege für kurze Beine“) usw. usf.. Es gibt also auch in unserem Land noch viel zu tun, was die Rechte von Kindern betrifft, deshalb kann es gar nicht genug Kindertage geben.

Kinder sind Zukunft, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung oder gesundheitlicher Verfasstheit.
mb

Aktueller Diskussionsstand für unser neues Parteiprogramm

Brief der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, an die Parteimitglieder zum aktuellen Diskussionsstand des neuen Parteiprogramms

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stellen Euch anbei den aktuellen Diskussionsstand für unser neues Parteiprogramm zur Verfügung. Dieser Entwurf ist ein neuer Meilenstein in unserer Programmdebatte. Er ist das Ergebnis vieler Vorschläge, Debattenbeiträge und Diskussionen. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die durch ihr Engagement, ihre Ideen, ihre Diskussionsfreudigkeit und ihren Sachverstand diese Debatte bereichert haben.

Der Parteivorstand hat sich eingehend mit den von einer Redaktionskommission vorgelegten Vorschlägen für die Einarbeitung und Berücksichtigung von Änderungen befasst. Im Ergebnis wurden in wesentlichen programmatischen Fragen konsensfähige Vorschläge erarbeitet. Wir sind der festen Überzeugung, dass der vorliegende Arbeitsstand der LINKEN neue Handlungs- und Gestaltungsspielräume für das Vortreiben eines Politikwechsels in der Opposition oder in Regierungsverantwortung gibt.

In den kommenden Wochen wird sich die vom Parteivorstand eingesetzte Redaktionskommission erneut mit dem Entwurf befassen. Insbesondere wird der Entwurf eine Präambel erhalten. Am 2. und 3. Juli 2011 berät der Parteivorstand erneut und beschließt den endgültigen Leitantrag an den Parteitag. Danach habt Ihr alle erneut Gelegenheit, bis zum 7. Oktober 2011 Änderungsanträge zum Leitantrag an den Parteitag zu stellen. Vom 21. bis zum 23. Oktober treffen wir uns in Erfurt zum Parteitag und beschließen nach eingehender Debatte ein neues Grundsatzprogramm für DIE LINKE. Den Schlusspunkt bildet ein Mitgliederentscheid über das neue Programm, den wir bis zum Ende des Jahres 2011 durchführen werden. Wir freuen uns auf die weitere Diskussion und verbleiben mit solidarischen Grüßen,

Klaus Ernst und Gesine Löttsch

Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht kaputt gespart werden

Die Ankündigung des Finanzministers zur Zukunft der kommunalen Finanzierung deckt sich im Wesentlichen mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Beide gehen von sehr großen Einsparpotentialen in den Kommunen aus. Völlig ignoriert wird dabei jedoch, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt aufgrund der niedrigen Arbeitseinkommen erheblich stärkere Ausgabenbelastungen im sozialen Bereich zu übernehmen haben, als westdeutsche Vergleichskommunen. Ein unreflektierter Vergleich und die daraus folgende Konsequenz massiver Einsparungen bedeuten eine substantielle Gefährdung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und führen auch zusätzliche Vorhaben wie z.B. die Ganztagsbetreuung ad absurdum.

DIE LINKE setzt sich nach wie vor für eine Mindestfinanzierung der kommunalen Aufgaben in Höhe von 1,7 Mrd. Euro ein. Ein Ausgleichstopf für in Finanznot geratene Kommunen, deren Problem auch in stark schwankenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer bestehen kann und der von den Kommunen selbst finanziert werden soll, existiert bereits, und zwar als Ausgleichsstock innerhalb des Finanzausgleichsgesetzes. Dieser ist jedoch mit der letzten Gesetzesänderung von 60 Mio. Euro auf 20 Mio. Euro zusammengestrichen worden. Wollte man dieses Problem lösen, müsste man ihn einfach wieder in alter Stärke aufleben lassen und zusätzlich die Möglichkeit einräumen, daraus Steuerschwankungen durch rückzahlbare Darlehen zu finanzieren, was allerdings

jetzt bereits möglich ist. Die Landesregierung unternimmt auch nichts, um z.B. die Gewerbesteuerumlage zu streichen, die Bund und Länder kassieren und auch bei Einbrüchen der Gewerbesteuer einbehalten.

Dass das Landesverwaltungsamt am Ende dieser Legislaturperiode anders aussehen wird als im Jahr 2011, dürfte jedem im Land klar sein. Angesichts der Rahmenbedingungen jedoch über seine vollständige Auflösung zu philosophieren, ohne ein entsprechendes Konzept zu haben, zeugt nicht von verantwortungsvoller Politik, vor allem gegenüber den MitarbeiterInnen im Landesverwaltungsamt. Hier sei nur daran erinnert, dass die CDU-SPD-Koalition in der letzten Legislaturperiode mit der Übertragung von Aufgaben aus dem Landesverwaltungsamt an die Landkreise und kreisfreien Städte kläglich gescheitert ist, u.a. auch deshalb, weil eine solche Aufgabenübertragung an 11 Landkreise und

drei kreisfreie Städte angesichts der Kleinteiligkeit dieser Struktur objektiv nicht möglich war und nach wie vor nicht ist. Da niemand in Sachsen-Anhalt vorhat, diese Struktur in Frage zu stellen, wird sich auch bis zum Ende der Legislaturperiode an diesem Sachverhalt nichts ändern. Ein anderer Weg wäre, die Aufgaben des Landesverwaltungsamtes wieder in nachgeordnete Behörden der Fachministerien einzugliedern. Wenn eine Koalition so etwas vorhat, schreibt sie es normalerweise in einen Koalitionsvertrag. Aber dies ist bekanntlich nicht geschehen.

Solange in dieser Regierung niemand ein vernünftiges Konzept zur Verwaltungsmodernisierung vorlegt und mit den Interessenvertretungen der Beschäftigten diskutiert hat, sollten Spekulationen über die Auflösung des Landesverwaltungsamtes im Interesse der dort Beschäftigten unterbleiben.

Wulf Gallert

Fraktionsvorsitzender

Bombenkrieg gegen Tripolis sofort beenden

**STOPPT
DEN KRIEG IN LIBYEN!**

„Die NATO-Luftangriffe in Libyen vernichten Leben. Sie haben schon lange nichts mehr mit dem Schutz der Zivilbevölkerung zu tun. Wer Zivilbevölkerung schützen will, darf keinen Krieg führen. Aber das Gegenteil ist der Fall: die NATO verstärkt mit ihren Bomben, Marschflugkörpern und Raketen weiter den Druck auf Gaddafi. Das Leiden der Zivilbevölkerung in Tripolis spielt da keine Rolle mehr“, so Wolfgang Gehrcke zu einem der schwersten Angriffe auf Libyens Hauptstadt Tripolis. Das Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE weiter: „DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, in der NATO auf eine sofortige Einstellung des Krieges und auf die Beendigung der Luftangriffe zu dringen. Nur eine Waffenruhe kann die Chance schaffen, Verhandlungen zur Lösung des Konflikts aufzunehmen. Abtauchen ist keine Politik, das gilt auch für den deutschen Außenminister.“

Wolfgang Gehrcke